



Österreich



FPÖ bleibt gefährlich!

Nach der Niederlage Barbara Rosenkranz' bei der Bundespräsidentenwahl feierten einige Medien wieder einmal den Sieg über die extreme Rechte. Doch – trotz wahltaktischer Distanzierung Strache's von rechtsextremem Kern der FPÖ – bleibt die FPÖ brandgefährlich für MigrantInnen, Linke und GewerkschafterInnen.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft

Streik!

Streik auch im Gesundheitswesen?

Gerade Menschen im Gesundheitswesen wird versucht schlechtes Gewissen einzureden, wenn sie einmal an sich selbst denken. Internationale Beispiele zeigen, dass auch im Gesundheitswesen gestreikt werden kann – sogar mit Erfolg.

SEITE 3

Schwerpunkt



Ihr Europa? Unser Europa!

Wessen Europa ist Europa? Eines der arbeitenden Menschen oder eines der großen Banken und Konzerne? EU und Regierungen "sparen" bei den "kleinen Leuten" und geben Milliarden den Banken und Konzernen. Wenn sich das ändern soll, ist gesamteuropäischer Widerstand notwendig.

SEITEN 4/5

Internationales



Nigeria: Rette sich, wer kann?!

In Nigeria wird die Lage für die Bevölkerung immer prekärer. Die Regierung lässt internationale Konzerne wie Shell die Umwelt zerstören und geht brutal gegen jene vor, die dagegen protestieren. Vom Ölreichtum sehen die Menschen ohnehin nichts.

SEITE 7

Jetzt ist Zahltag für Banken und Konzerne!



Foto: Nikos Anastasiadis

Europaweiter Widerstand gegen Sparpolitik, statt Hetze gegen KollegInnen in Griechenland

Die europäischen Regierungen rüsten nach dem 750-Mrd.-Euro-Rettungspaket zum Generalangriff auf ArbeiterInnen und Jugend. In Griechenland, Portugal, Spanien, Italien, Irland und Britannien werden Sparpakete geschnürt. Auch in Österreich stehen Angriffe bevor. Wurde zu Beginn noch versucht, die griechischen KollegInnen zu verunglimpfen, wird immer klarer: Die Banken, die zuvor massive Profite gemacht haben, lassen sich schon wieder mit Staatsgeld retten – und ArbeiterInnen zahlen die Zeche.

"In Wahrheit wurde ja auch nicht Griechenland als Staat gerettet, sondern im eigenen Interesse und für die eigenen Banken gehandelt."

Hannes Androsch, Industrieller

Rettungspaket: Wer profitiert?

Vor kurzem verkündete Finanzminister Pröll, die Krise sei vorbei. Nun gibt es Kürzungen und Notfallpläne. Wie in der ersten Bankenkrise haben Banken hochriskante Kredite (bzw. Staatsanleihen) vergeben, um eine maximale Rendite zu erzielen. Nun könnten die Verluste schlagend werden – und die Regierungen springen ein, auf unsere Kosten. Denn die Banken sind nicht bereit, für das Risiko zu zahlen. Alleine die österreichischen Banken halten 5 Mrd. an griechischen Staatsanleihen. Schuld an der Krise ist ein System, das von Grund auf krisenhaft ist: der Kapitalismus!

Gürtel enger schnallen?

In Österreich sollen in den nächsten drei Jahren 10 Milliarden eingespart

werden (z.B. durch Nulllohnstunden im öffentlichen Dienst und bei Pensionen, Preiserhöhungen der Kommunen und die Erhöhung von Massensteuern). 10 Milliarden schwer war der Budgetposten „Finanzmarktstabilität“ 2009. Es droht Kahlschlag im Sozial-, Gesundheits-, und Bildungswesen. Dazu kommt die Gefahr steigender Inflation, wenn die Zentralbanken Geld ins System pumpen, dem keine reale Produktion gegenübersteht. Und das alles zusätzlich zu Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen. Wie sollen wir denn den Gürtel noch enger schnallen? Josef Pröll inseriert, dass jedeR von uns EUR 23.901,- Schulden hat. Gleichzeitig besitzen wir laut einer Studie pro Kopf durchschnittlich EUR 52.298,-. Unterm Strich müsste also ein fettes Plus von EUR 28.397,- stehen. Nur: Wo ist dieses Geld??

Es gibt keine Alternative, oder...

Für uns haben die KapitalistInnen Sparprogramme und Nationalismus vorgesehen. Durch Teile und Herrschertaktik wird versucht, ArbeitnehmerInnen international gegeneinander auszuspielen. Wir erinnern uns: Zu Beginn der Krise setzten die Regierungen noch auf Staatsintervention und Pseudokeynesianismus. Gespart werden sollte, nachdem die Krise übertaucht sei. Nun sind wir bei der zweiten Welle der Krise angelangt – nach den Banken gehen die Staaten pleite. Und zwar weil diese unser Geld den Banken in den Rachen geworfen haben. Das Gerede über eine Beschränkung und Besteuerung der Finanzmärkte: heiße Luft. Für das neue Rettungspaket gibt es keine Reserven, auf die zurückgegriffen werden kann, um Sparpläne auf "nach der Krise zu verschieben". Daher werden Sparpakete nun als alternativlos dargestellt. Regie-



1. Mai 2010 in Athen: Die DemonstrantInnen fordern am Transparent: Das Kapital muss die Krise bezahlen! Verstaatlicht die Banken, besteuert das Kapital, zahlt die Schulden nicht!

Foto: Petros Tzomakas

rung und Medien wollen uns weismachen, dass wir nur die Wahl zwischen Staatspleite und Sparstift haben. Das stimmt aber nur in der kapitalistischen Logik. Es gibt nämlich eine Alternative: Den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen, statt an den Profiten der Banken und Konzerne orientiert!

"Diese Schweine nehmen die momentane Krise als Vorwand, um die Arbeiter auszunehmen und sich persönlich zu bereichern. Wir brauchen eine echte sozialistische Revolution, nur so können wir Griechenland noch retten!"

Griechischer Demonstrant zu profil

Kämpfen wie die GriechInnen!

Mit den Angriffen auf unseren Lebensstandard haben die Regierungen die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Denn die ArbeiterInnen sind wütend. Und wehren sich mit (General-)Streiks und Kampfmaßnahmen – wenn es ihnen gelingt, die Führung ihrer Gewerkschaften zum Kämpfen zu zwingen. Das ist auch bei uns nötig. Damit der ÖGB endlich mal unsere Interessen

vertritt, anstatt kapitalistische Sachzwänge mitzutragen!

Es gibt eine Alternative:

1. Statt nationalistischer Hetze und Sparkurs: Gemeinsamer Kampf der ArbeitnehmerInnen international gegen die Angriffe. Für ein Europa der ArbeitnehmerInnen statt ein Europa der Banken und Konzerne!
2. Wir haben die Krise nicht verursacht. Das System ist das Problem! Zahlen sollen jene, die verantwortlich sind und jetzt Milliardengewinne machen! Statt Bezahlung von Zinsen und Schulden an die Banken: Verstaatlichung der Banken und Nutzung von deren Ressourcen für die Gemeinschaft.
3. Statt den etablierten Parteien und einer Regierung, die nur versucht, die Krise zu managen und den Kapitalismus zu retten: Eine echte neue Partei der ArbeitnehmerInnen und Jugend, die es aufzubauen gilt!
4. Statt kapitalistischer Krise: Den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen, die Banken und Unternehmen durch die Gesellschaft übernehmen und im Rahmen einer geplanten Wirtschaft unter die Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen stellen!

von Laura Rafetseder, SLP-Wien



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Eine simple Kosten-Nutzen-Rechnung

Die SPÖ hat im Oktober eine wichtige Schlacht zu schlagen. Gelder werden wahltaktisch optimal eingesetzt. Die oberste Prämisse ist Stimmenmaximierung für die SPÖ. So wurde z.B. das Budget für die Öffentlichkeitsarbeit zur Gemeinderatswahl im Vergleich zu 2005 um 392% erhöht. Ein Anstieg von 918.000 auf 3.600.000 Euro. Ein Schelm, wer denkt, das würde der SPÖ nützen...

Dagegen sind die 40.000 Euro, die dem Amerlinghaus fehlen, der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Worum geht es? Seit über 30 Jahren ist das Wiener Amerlinghaus ein „nicht kommerzieller Freiraum, Treffpunkt, Vernetzungs- und Veranstaltungsort für viele verschiedene soziale Initiativen, politische Gruppen sowie für basis- und subkulturelle Projekte“. Das bedeutet, dass sich hier Gruppen von MigrantInnen, künstlerisch interessierten, politischen Menschen, Kindern uvm. regelmäßig treffen können, ohne dass Geld eine Hürde wäre. Hier findet all das statt, wovon die „hohe Politik“ ständig redet: Integration, Kultur, Kreativität, Politisierung. Aber offensichtlich nicht in einer Form, die den Herrschenden in den Kram passt. Denn hier werden keine Jubellieder auf Faymann & Häupl gesungen, sondern deren Sozialabbau und Abschiebepolitik auch kritisiert. Mit Folgen: Seit 2004 wurde die Förderung nicht mehr erhöht. D.h. es gab Kürzungen aufgrund der Inflation und steigender Mietkosten (zu zahlen an die gemeindeeigene Wohnungsfirma Gesiba!). Das Amerlinghaus hat angesucht, die inflationsbedingte Kürzung der letzten Jahre auszugleichen – um zusätzliche 40.000 Euro. SPÖ-Stadtrat Oxonitsch verweigert die Budgetanpassung für das Amerlinghaus - gab aber seinerseits in den ersten drei Monaten 2010 für Inserate nur in der Krone 165.000 Euro aus. Das SPÖ-Kalkül ist klar: Die Menschen, die das Amerlinghaus nützen, dürfen die SPÖ nicht wählen (weil sie MigrantInnen sind) oder würden sie nicht wählen (weil sie Linke sind) oder wählen sie ohnehin (weil sie die SPÖ als kleineres Übel sehen). Also wozu für diese Stimmen Geld in die Hand nehmen. Da wird lieber in Inserate, Kommerz und Security investiert. Und nach der Wahl werden wir alle die Kosten zu tragen haben: durch die Erhöhung von Abgaben und Gebühren. Garantiert!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Dämpfer für die ganz Braunen, aber:

FPÖ bleibt brandgefährlich

von Karin Wottawa und John Evers,
SLP-Wien

Differenzen um die Geschichte stehen für unterschiedliche Interessen

Strache hat Signale gesetzt, die ganz Braunen in seiner Partei zurückzudrängen, indem er z.B. Personaländerungen durchführte. Heißt das jetzt „Entwarnung“? Entnazifiziert Strache jetzt die FPÖ?

Schlechte Wahlergebnisse lassen bei Strache und Co. die Alarmglocken läuten

Die FPÖ schnitt bei allen Wahlen der letzten Monate unter ihren Erwartungen ab. Seit der Bundespräsidentenwahl ist endgültig Feuer am Dach. Keine Frage: Vor allem die braungefärbten Aussagen von Rosenkranz haben selbst für Teile der FPÖ-Wählerschaft abschreckend gewirkt. Nun stehen wichtige Wahlgänge in der Steiermark und vor allem in Wien an – weitere Niederlagen drohen. Eine Öffnung der Partei zu „Positivthemen“ und neuen Personen wurde daher angekündigt. Auch wenn die präsentierten Leute nicht neu und zum Teil für übelste Hetze stehen: Der „ideologische“ Flügel rund um Graf, Rosenkranz und Mölzer ist in der Öffentlichkeit weniger sichtbar. Worauf könnte die FPÖ in der Zukunft setzen? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für SozialistInnen, GewerkschafterInnen und Linke?

Soziale Heimatpartei

Die Ankündigung, sich (weiter) als „Soziale Heimatpartei“ etablieren zu wollen, ist bei der FPÖ überhaupt nichts Neues. Im Gegenteil: Diese grundsätzliche Positionierung zeigt, dass sich die FPÖ (und nicht die FPK) prinzipiell weiter in der Bandbreite des europäischen Rechtsextremismus bewegt. Dieser setzt – im Unterschied zu den 1980ern und 1990ern – vor dem Hintergrund der Krise nicht mehr auf Neoliberalismus, sondern auf (nationalistische) „Kapitalismuskritik“, verbunden mit rassistischen Scheinlösungen. Lediglich die Frage, wie radikal diese Kritik und Scheinlösungen vorgebracht werden, ist strategisch umstritten.

Härtere Differenzen scheint es beim Umgang mit den Themen mit unmittelbarem historischem Bezug – Stichwort Verbotsgesetz, Holocaust – zu geben. Diese sind zudem gleichzeitig mit dem Andocken am militanten Neonazismus verbunden. Es liegt auf der Hand, dass damit keine Blumensträuße, bzw. Wahlen, zu gewinnen sind. Zweifellos gehören derartige Themen, und das damit verbundene Milieu, aber für einen nicht unwesentlichen Teil der FPÖ-Basis, die auch Strache an die Macht gebracht hat, zum unverzichtbaren Bestandteil freiheitlicher Identität. Strache versucht hier momentan vor allem Eines: Den Spagat, also den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und strategischen Ansätze, als Verbreiterung der WählerInnenbasis nach außen UND das Halten des rechtsextremen Milieus in der Partei. Die Frage ist freilich: Geben sich Leute wie Graf, Rosenkranz, Wimmer oder auch der ins Führungsteam nominierte Harald Stefan (Olympia!) mit einer Linie in der Öffentlichkeit zufrieden, die ausschließlich „Endlich Gerechtigkeit“ (Slogan im Wiener Wahlkampf) und nicht (zumindest auch) „Daham statt Islam“ plakatiert? Entschieden wird das wohl erst nach der Wiener Wahl, wobei es Strache sich kaum leisten wird können oder wollen, soweit wie Haider in den 1990ern zu gehen und diese Trägergruppe wirklich aus den Gremien zu verbannen.

FPÖ bleibt brandgefährlich – auch ÖGB muss endlich reagieren!

Sowohl die Präsentation der FPÖ als (rassistische) „soziale Heimatpartei“, wie auch das Weiterbestehen eines braunen Kerns in ihr sind und bleiben eine direkte Kampfansage an GewerkschafterInnen und Linke. Die FPÖ treibt hier ein, von allen ihren Teilvertretenen, doppeltes Spiel in der sozialen Frage. Einerseits oberflächliche Orientierung auf den „kleinen Mann“, andererseits eine Aushöhlung der Arbeiter-



Innenrechte. Hauptangriffsziel bleiben hier KollegInnen mit Migrationshintergrund, denen praktisch sämtliche soziale und politische Rechte gestrichen werden sollen. Aber der RFJ möchte z.B. durchaus auch den Kündigungsschutz für ALLE Lehrlinge aufheben. Auf Initiative eines SLP-Mitglieds existiert daher inzwischen im Gewerkschaftsbereich folgender Beschluss:

„Die Mitgliedschaft in der GPA-djp-Jugend ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in rassistischen, fremdenfeindlichen und nationalistischen Or-

ganisationen. Darum ist die Mitgliedschaft in der FPÖ, dem RFJ, dem RFS und anderer rechtsextremer Organisationen unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der GPA-djp-Jugend.“ Das 4. Bundesjugendforum der GPA-djp fordert „den ÖGB dazu auf, den „Freiheitlichen Arbeitnehmern“ den Fraktionsstatus abzuerkennen. Den Ausschluss von Mitgliedern, die öffentliche Handlungen oder Äußerungen mit rechtsextremem Hintergrund tätigen.“ Die SLP wird weiter durch öffentliche Mobilisierungen alles für die gemeinsame Umsetzung derartiger Schritte tun.

Neue Jobs in Wien

Mehr als nur Wahlkampfgegags?

Es tut sich was in Wahlkampfzeiten. Begonnen hat es mit den Gemeindebauten. Die „Hausordnung“ nimmt Gestalt an. Als nächstes kommen „Nightwatchteams“ die bei „Konflikten“ Lösungen suchen sollen (meist laute Jugendliche ab zu mahnen). Die Einteilung zur Waschküche übernimmt ab jetzt wienweit ein Callcenter, jeder Gemeindebaubewohner bekommt eine „Waschküchenmarke“, das elektronische Sicherheitssystem am Waschkücheneingang erkennt die Marke und öffnet die Türe wenn sich der Bewohner mit dem Callcenter vorher einen Termin ausgemacht hat. Sonst bleibt die Wundertüre verschlossen. Klingt nach Kafka, und soll angeblich den „Waschküchenmissbrauch“ abschaffen. Dann gibt es „Wastewatcher“, die aufpassen, dass kein Sperrmüll bei den normalen Mülltonnen landet. Die genannten Probleme werden in Kronenzeitung und der FPÖ rassistischerweise vor allem MigrantInnen zugeschoben. Die SPÖ kontert nicht mit sozialistischer Politik, sondern mit Law and Order à la „Hausordnung“. Nicht umsonst war das diesjährige Motto am 1. Mai „In Wien herrscht Sicherheit“.

Aber wie geht es in den neuen Jobs den neuen ArbeitnehmerInnen?

Auf Großplakaten wird das Reinigungsservice der

Wiener Linien beworben. Wer bei den Wiener Linien anruft, um sich dafür zu bewerben, wird an den Arbeitskräfteüberlasser „Flexwork“ verwiesen. Flexwork (eine 100% Tochter der ehemaligen Konsumstiftung WAFF), verweist einen weiter an das AMS. Denn die Reinigungsstellen werden im Zuge der sog „Aktion 4000“ vergeben. Langzeitarbeitslose werden bei Flexwork angestellt und an verschiedene gemeindenahe Betriebe verliehen. Bis Ende Juni läuft noch die Bewerbungsfrist. Praktisch für die SPÖ: Sie hat billige PR, die Arbeitslosenzahlen sinken, und die Lohnkosten übernimmt zu zwei Drittel das AMS und zu einem Drittel der WAFF. Die Aktion ist auf ein Jahr befristet. Die Bezahlung darf zwar (schon vom Gesetz her) nicht geringer sein als entsprechende Tätigkeiten bei den Gemeindebetrieben. Aber auf Dauer schafft sich hier die Gemeinde (oft auf AMS-Kosten) einen eigenen Billiglohnsektor. Vor allem bei den neuen Tätigkeiten (etwa den TelefonistInnen im Waschküchentelefoncenter). Damit wird Lohndruck auf die Gemeindebetriebe ausgeübt. Dieser wird sich mit dem Nachfahrbetrieb der Wiener U-Bahnen und anderen Angebotserweiterungen noch erhöhen. Ein Grund mehr für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in die Offensive zu gehen. Gewerkschaften, PersonalvertreterInnen, Betriebsräte, und linke Gruppen (wo bleibt in der Frage die SPÖ-Linke?)

sollten den Wahlkampf nutzen und für eine echte Joboffensive kämpfen.

Dafür steht die SLP:

- ▶ AMS-Gelder gehören den ArbeitnehmerInnen und sollen für sinnvolle Schulungen, Projekte und mehr Arbeitslosengeld verwendet werden. Wenn die Wiener Linien oder andere Firmen mehr Personal brauchen, soll sie dieses normal anstellen und selbst bezahlen.
- ▶ Keine Arbeitskräfteüberlasser und prekäre Jobs! Alle neue Jobs müssen direkt bei der Gemeinde, unbefristet und mit den selben Arbeitszeit- und Sozialregelungen angemeldet sein.
- ▶ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch mehr sinnvolle und richtig bezahlte Arbeitsplätze in den Bereichen Wohnen, Sozialwesen, Bildung und Nahverkehr.
- ▶ Arbeitszeitverkürzung in allen Gemeindebetrieben auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich als erster Schritt zu einer generellen Arbeitszeitverkürzung. Echter sozialer Wohnbau mit günstigen Mieten und Energiekosten als Teil einer echten Armutsbekämpfung.

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Streiken – ja, dürfen's denn des? Teil II

Auch im Gesundheitsbereich sind Streiks möglich!

von Herbert Wanko, SLP-Wien

Spätestens im Herbst wird die nächste große Belastungswelle auf uns zukommen. Neben Steuer- und Abgabenerhöhungen sollen 1,7 Mrd. Euro eingespart werden. Wie so oft in den letzten Jahrzehnten wird die Regierung auch diesmal wieder den Rotstift im Sozialbereich ansetzen. Im Gesundheitswesen sollen 35,7 Euro Mio. und im Sozialbereich 674,4 Mio Euro. eingespart werden. (Quelle: www.oe24.at, 18. 05. 2010).

Dies wird zwangsläufig zu einer Qualitätsverminderung in diesen Bereichen führen. Die Beschäftigten müssen mehr arbeiten, was bedeutet, dass sie weniger Zeit für die einzelnen PatientInnen oder KlientInnen haben.

Demonstrationen sind zu wenig

Dagegen muss gemeinsam und österreichweit gekämpft werden. Nicht nur die betroffenen Beschäftigten, sondern auch die betroffenen PatientInnen, KlientInnen und Angehörigen können mit solidarischen gemeinsamen Aktionen diese Kürzungen verhindern. Diese Kampfmaßnahmen dürfen sich nicht – wie so oft – auf Demonstrationen außerhalb der Arbeitszeit beschränken, sondern müssen den Willen zur Durchsetzung der Forderungen klar zeigen. Dafür gibt es nur ein adäquates Mittel: Streik, wenn nötig auch unbefristet! Die ArbeitgeberInnen und bürgerlichen Medien behaupten oft, dass im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich nicht gestreikt

werden darf, da dadurch die Betreuungspflichten vernachlässigt werden. Das stimmt nicht! Streik ist in allen Bereichen möglich, erlaubt und ein wirksames Mittel den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gerade in sozialen Bereichen, deren Qualität ja alle Menschen betrifft, sind sogar Generalstreiks gegen Einsparungen möglich und sinnvoll.

Internationale Vorbilder

Wird in Krankenhäusern gestreikt, so werden selbstverständlich die unbedingt nötigen Behandlungen durch geführt (Geburten, Herzinfakte ec.) und stationäre PatientInnen werden nicht auf die Straße gestellt. Aber viele Behandlungen oder nicht dringende Operationen können ohne Probleme auch mal aufgeschoben werden.

Wenn diese Streiks gut organisiert werden, können sie auch sehr erfolgreich sein. So kämpften 2003 in Uruguay KrankenpflegerInnen und ÄrztInnen für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Während dieses 56-tägigen Arbeitskampfes gab es einen eintägigen Vollstreik, viele Massendemonstrationen und 33 Tage lang Besetzungen mehrerer Krankenhäuser. Am Ende dieses Kampfes hatten die Beschäftigten fast 100 % ihrer Forderungen durchgesetzt. Im Februar 2010 streikten in Portugal KrankenpflegerInnen gegen die massiven Angriffe der portugiesischen Regierung, die vor allem auch den Gesundheitssektor betreffen. An diesem dreitägigen Streik für höhere



Löhne und bessere Arbeitsbedingungen beteiligten sich 90 % des Pflegepersonals aus 20 Städten. Auch in Deutschland konnten SpitalsärztInnen sehr effizient ihre Interessen durch Kampfmaßnahmen vertreten.

Öffentliche Mobilisierung und Aufklärung entscheidend!

Für diese Arbeitskämpfe ist eine gute Streik- und Informationskampagne notwendig, in der mittels Flugblättern, Streikzeitungen etc. die PatientInnen, KlientInnen und Angehörigen informiert werden. Bei Streikversammlungen vor den streikenden Betrieben kann der Bevölkerung der Grund des Streiks erklärt werden. Diese Infos dürfen nicht nur die Forderungen enthalten, sondern müssen auch vermitteln, wieso die

Arbeitsituationen so prekär sind und welche Vorteile die Durchsetzung der Forderungen für alle haben. Im Sozialbereich streikten voriges Jahr in Deutschland bis zu 150.000 der 220.000 KindergärtnerInnen. Dieser Streik dauerte teilweise mehrere Wochen, was für viele Eltern nicht leicht zu bewältigen war. Trotzdem gab es weit verbreitete Solidarität unter den Eltern, die auch durch die Hetze in den bürgerlichen Medien nicht geschmälert wurde.

ÖGB muss voll hinter Streikenden stehen – dazu ist der da!

Eine wichtige Rolle in Arbeitskämpfen spielen natürlich die Gewerkschaften, denen es auf Grund ihrer Organisationsstruktur wesentlich leichter fällt, die Kommunika-

tion zwischen den einzelnen Betrieben, sowie die Mobilisierung zu übernehmen. Leider nehmen die Gewerkschaften diese Aufgaben sehr oft nicht oder nur bedingt wahr, weshalb es heutzutage immer öfter notwendig wird, auch ohne deren Unterstützung Arbeitskämpfe zu führen. Ein gutes Beispiel dafür war der KindergärtnerInnen-Aufstand im vorigen Jahr, als mehrere tausend BetreuerInnen, Eltern und SympathisantInnen zu einer großen Demonstration mobilisiert wurden. Diese Selbstorganisation machte Druck auf die Gewerkschaften und die GPA musste die Forderungen unterstützen. Anders verhielt sich jedoch die GdG (Gewerkschaftliche Vertretung der GemeindegärtnerInnen), die die Protestierenden nicht nur nicht unterstützte, sondern versuchte einen Keil zwischen Gemeinde- und Privatbeschäftigte zu treiben. Damit wurde jegliche Solidarität und ein gemeinsamer Kampf um Verbesserungen für alle im Keim erstickt. Aber auch die Unterstützung der GPA hielt sich in Grenzen und die KindergärtnerInnen blieben weitgehendst auf sich alleine gestellt. Dies erschwerte es, die notwendigen Strukturen aufzubauen, die von den Demonstrationen zu einem echten Arbeitskampf hätten führen können. Schlussendlich wurden nur minimale Verbesserungen des Mindestlohntarifes erreicht, die von der GPA als guter Erfolg vermittelt wurden.

Es zeigt sich also, dass Selbstorganisation notwendig ist, um seine Rechte durchzusetzen.

Ihre Antworten auf die Krise I:

Hände Weg von unseren Schutzbestimmungen!

von Charlie Mittersteger & Margarita Döllner, SLP-Wien

Die weltweite Wirtschaftskrise fördert die Kreativität von Unternehmensvertretern in puncto Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten. So wollen sie angeblich die Arbeitslosigkeit „bekämpfen“. Der österreichische Gewerbeverein (ÖGV) fordert jetzt die Aufweichung der Kündigungsschutzbestimmungen bei Lehrlingen und Behinderten, also Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Doch das soll nur der Anfang einer Reihe von Angriffen auf ArbeitnehmerInnenrechte sein. Fällt ein Schutz, folgt der nächste. Wie soll das die Arbeitslosigkeit verringern? Gar nicht.

Rund 90.000 Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind in Österreich davon betroffen. Sie haben genauso das Recht auf einen Arbeitsplatz, brauchen einen Job für ein selbstbestimmtes Leben. Wenn Unternehmen „Behinderte“ einstellen, dann ist das kein Akt der Wohltätigkeit, denn diese arbeiten genauso gewinnbringend für die Unternehmen wie Men-

schen ohne Behinderung. Alle Beschäftigten brauchen Schutz vor UnternehmerInnenwillkür – Menschen mit besonderen Bedürfnissen brauchen mehr Schutz. Dieser soll ihnen jetzt weggenommen werden, unter dem Vorwand, dass mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt von Nöten sei. Das Schlagwort „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ bedeutet in der Praxis nicht, dass Jobs geschaffen werden. Vollzeit wird durch Teilzeit ersetzt und die Arbeitsplätze, die geschaffen werden, sind schlecht bezahlt und prekär.

Die Abschaffung von Schutzbestimmungen für Lehrlinge und Menschen mit besonderen Bedürfnissen wird nicht dazu führen, dass Unternehmen mehr Menschen einstellen. Im Gegenteil: Die Firmen können so noch bestehende Arbeitsverhältnisse leichter auflösen und Arbeitskräfte weiter abbauen. Schon unter den bestehenden Verhältnissen haben 40,6 % der Lehrlinge Angst vor Jobverlust und sind deshalb nur durchschnittlich 4,5 Tage im Jahr krank gemeldet.

Ihre Antworten auf die Krise II:

Arbeitslosigkeit bekämpfen mit Mikrokrediten?

von Tilman M. Ruster, SLP-Wien

Mikrokredite zur „Existenz-Gründung“ sind der neue Stern am Himmel der Entwicklungshilfe. Spätestens seit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Muhammad Yunus, den Begründer dieser Idee, sehen viele darin eine Chance für die Armen. Im März bewilligte das Europäische Parlament 100 Mio. Euro bis 2014 für Klein-Kredite bis 25.000 Euro für Arbeitslose und KleinstunternehmerInnen. Hinzu kommen noch 400 Millionen Euro diverser Banken. Damit soll die Arbeitslosigkeit in der EU bekämpft werden. Selbstständigkeit statt Arbeitslosigkeit ist der Gedanke.

Ein Blick auf eine ähnliche Initiative aus Deutschland, die „Ich-AG“, zeigt, dass viele der neuen Selbstständigen zu den „Working Poor“ gezählt werden müssen.

Das fand die Zustimmung des ÖGB. Mikrokredite werden in der April-Ausgabe der ÖGB-Zeitung Solidarität als ein Mittel gefeiert, dass mit „kleinem Aufwand große Wirkung“ erzielt.

Vom Tellerwäscher zum Millionär?

Wie soll die Gründung einer eigenen Firma mitten in der Krise funktionieren? Das geringe Startkapital reicht nur zu Gründungen im Dienstleistungsbereich. Der Sektor wurde gerade mit Hilfe der Konjunkturpakete künstlich aufgeblasen. Nun wird er voraussichtlich eine Auftragsflaute erleben. Viele KreditnehmerInnen werden schon nach kurzer Zeit wieder ohne Beschäftigung dastehen, dann aber mit einem enormen Schuldenberg und oft ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, da diese

ja nur für ehemalige Angestellte zur Verfügung steht. Auch jene, die sich über Wasser halten können, erwartet nichts Gutes: Ein Blick auf eine ähnliche Initiative aus Deutschland, die „Ich-AG“, zeigt, dass viele der neuen Selbstständigen zu den „Working Poor“ gezählt werden müssen.

Sozialstaat ausbluten

Tatsächlich werden so weitere Einsparungen im Sozialbereich vorgenommen, weil Menschen längerfristig aus der Arbeitslosenversicherung gedrängt werden. Nicht die Arbeitslosigkeit wird bekämpft, sondern die Arbeitslosen! Diese müssen letztendlich mit weniger Geld auskommen oder bewegen sich, trotz viel Arbeit am Existenzminimum. Die Gewerkschaft ist zu Recht gegen die als „freie DienstnehmerInnen“ und „WerkvertragsnehmerInnen“ getarnte Scheinselbstständigkeit. Nun aber unterstützt sie genau diese Entwicklung durch die Mikrokredite.

Eine sichere Anlage

Bei den Mikrokrediten handelt es sich nicht um Geschenke. Die Banken erhalten das Geld spätestens 2014 zurück. Natürlich mit Zinsen! Dafür garantiert die EU, die den Banken damit ein neues, sicheres und sattes Geschäft gerade in Zeiten der Krise der Finanzmärkte beschert!

Auch in den ärmeren Ländern machen die Banken große Geschäfte mit den kleinen Krediten. Zur Bekämpfung der Armut sind sie KEIN Weg. Sie sind die neoliberale Antwort auf den Abbau von sozialstaatlichen Maßnahmen. Ihre positive Wirkung ist auch in den neokolonialen Ländern mehr als zweifelhaft.

Unsere Antwort auf die Job-Krise:

Wir fordern eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Das ist der einzige Weg, die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu beseitigen und für alle die einen Job wollen, einen Arbeitsplatz, von dem mensch auch leben kann, zu schaffen.



Foto: Nikos Anastasiadis



Ihr Europa? Unser Europa!

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Für 21.–26. Juni rufen linke EU-ParlamentarierInnen auf Initiative von Joe Higgins (Abgeordneter für die irische Schwesterpartei der SLP) zu einer Aktionswoche gegen das Abwälzen der Krise auf den Rücken von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen auf.

Eine neue Phase der Weltwirtschaftskrise

100.000.000.000 Euro. Das war die Summe, die innerhalb weniger Tage zur Verfügung stand, um Österreichs angeschlagene Banken zu retten. EU-weit waren es 2,9 Billionen Euro – 32,7% der Wirtschaftsleistung der 27 EU-Staaten. Zwar wurde nur ein Teil direkt an Banken ausbezahlt, aber die Folge ist die größte Staatsverschuldung seit Ende des 2. Weltkrieges. Das „Hilfspaket“ für Griechenland wurde innerhalb weniger Stunden von den europäischen FinanzministerInnen beschlossen. Sinn der Sache: das Überschwappen eines Staatsbankrotts auf andere europäische Länder zu verhindern. 750 Mrd. Euro stehen dafür im ganzen Euroraum bereit. Österreich beteiligt sich mit 2,3 Mrd. Dabei handelt es sich um neue Kredite. Die griechische Regierung zahlt ihre alten Schulden mit neuen ab. Dadurch wird das Gespenst des Staatsbankrotts nur für wenige Jahre verschleudert, um dann deutlich größer zurück zu kehren.

Das schwächste Glied der europäischen Kette

Das Gespenst des Staatsbankrotts spukt ausgehend von Griechenland in einer Reihe europäischer Länder. Die Defizite der „PIGS“ – Portugal (11,2%), Irland (14,3%), Griechenland (13,6%) Spanien (11,4%) – lassen ahnen, dass Griechenland nicht das letzte EU-Land war, das mit einer massiven Schuldenkrise konfrontiert ist. Auch Britannien und Frankreich haben eine gigantische Staatsverschuldung. Der EURO als gemeinsame europäische Währung ist in einer Existenzkrise. Die „traditionelle“ Methode einzelnen Nationalstaaten durch Geldentwertung Schulden abzubauen und die Wirtschaft anzukurbeln ist nicht mehr möglich.

Die KapitalistInnen in Europa haben sowohl gemeinsame, als auch entgegengesetzte Interessen: Gemeinsam wollen sie Stabilität, die Ausbeutung der europäischen ArbeiterInnen und eine Stärkung gegenüber den außereuropäischen Wirtschaften. Aber wenn der Kuchen kleiner wird – also in Krisenzeiten – haben sie auch widersprüchliche Interessen. Jedem ist das sprichwörtliche Hemd näher als die Hose. Der aktuell geschürte Nationalismus, den nicht nur die extreme Rechte, sondern auch ein breites Establishment betreibt hat daher auch eine doppelte Aufgabe: einerseits die eigene Bevölkerung abzulenken („die Griechen sind schuld“). Andererseits spiegelt er aber auch reale wachsende Spannungen zwischen dem Kapital einzelner Nationalstaaten wieder.

Die Spaltung zwischen dem französischen und deutschen Kapital in der Frage der „Rettung“

Griechenlands zeigt die Tiefe der Gräben auf, die im „vereinten“ Europa bestehen. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel fordert relativ offen eine Verkleinerung der Euro-Zone auf die mitteleuropäischen Kernländer. Und als Antwort auf das Rettungspaket kauft Griechenland Waffen bei deutschen Firmen um mindestens sechs Milliarden. Die Krise stellt den Euro und auch das europäische „Integrationsprojekt“ infrage. Bereits im Vorwärts Nr. 90 (Februar 1999) hat die SLP anlässlich der Einführung des Euro als Buchwährung analysiert: „Der Druck auf die nationalen Regierungen einerseits und die unterschiedlichen nationalen Interessen andererseits sind starke Kräfte, die zu einem Ausscheren einzelner Staaten und damit einem de facto Scheitern des Euros führen können. Währungsunionen ... waren in der Vergangenheit nie von Dauer ... Sie alle funktionierten zwar in Perioden von Wirtschaftswachstum, brachen aber in Perioden von wirtschaftlicher Depression, von langsamen Wachstumsraten und steigenden sozialen Problemen auseinander.“ Aktuell sehen wir nicht nur „verlangsamte Wachstumsraten“ sondern die tiefste Krise des Kapitalismus seit den 1930er Jahren.

Ein zweites Bankenrettungspaket

Es geht nicht um die „Rettung“ der griechischen Bevölkerung. Während diese mit den schärfsten Angriffen seit dem Ende der Militärdiktatur konfrontiert ist, sollen die Spekulationsgewinne europäischer und griechischer Banken gerettet werden. Die Europäische Zentralbank verleiht Geld mit einer Verzinsung von 1% an griechische und europäische Banken. Diese verleihen an den griechischen Staat dann das Geld mit Zinssätzen zwischen 5% und 6,5% weiter. Die Zahl der faulen Kredite in Griechenland ist mit 20% deutlich höher als der EU-Schnitt von 2-5%. Die europäischen Banken sollen um diese Kredite nicht umfallen – darum Milliardenzahlungen der EU-Mitgliedsstaaten. Dabei fürchten die europäischen Regierungen auch, dass hohe Verluste europäischer Banken in Griechenland zu einer neuen Welle der Wirtschaftskrise führen könnten. Drohend ist die Erinnerung an die Pleite von Lehmann Brothers, die der letzte Auslöser für die Finanz- und Wirtschaftskrise war. Eine weitere Kettenreaktion wird befürchtet.

Die Kapitalflucht aus Griechenland ist mit keinem europäischen Land zu vergleichen. Griechenland gilt heute für InvestorInnen als weniger attraktiv als Äthiopien. Die Angriffe der Regierung auf den Lebensstandard der Bevölkerung verunmöglicht jegliche Chance auf eine Erhöhung des Binnenkonsums. Die Folge ist die Zerstörung jeglicher Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung in den kommenden Jahren.

Wer lebt über wessen Verhältnisse?

Verbunden mit dem „Hilfspaket“ und den brutalen Angriff auf den Lebensstandard der griechischen ArbeiterInnenklasse und Jugend

ist eine beispiellose Hetze nahezu aller Parteien und Medien hierzulande. Die Griechen seien gierig und faul und müssten darum notwendigerweise den „Gürtel enger schnallen“. Tatsache ist – nicht „die Griechen“ haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern die griechischen und europäischen KapitalistInnen. Griechische KapitalistInnen waren immer sehr erfolgreich ihr Kapital vor dem Fiskus zu schützen. Der Onassis-Clan hat den Großteil seines Vermögens nach Brasilien transferiert bzw. in einer Stiftung in Liechtenstein steuerschonend geparkt. Easyjet-Gründer Stelios Hajiloannou sitzt in London. Eine Ministerin musste bereits wegen der Steuerhinterziehung ihres Mannes (geschätzte 5 Mio.) zurücktreten. Die griechische Steuerstatistik illustriert das Ausmaß der unternehmerischen Steuerhinterziehung. Das offiziell genannte durchschnittliche Jahreseinkommen griechischer UnternehmerInnen wird mit 13.236 Euro angegeben. Das von ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen mit 16.123 Euro. Eine ähnliche Situation wie in Österreich: unselbstständig Beschäftigte und PensionistInnen haben im Gegensatz zu UnternehmerInnen praktisch keine Möglichkeit zur Steuerhinterziehung. Trotzdem müssen sie zahlen – auch wenn die Schuld bei UnternehmerInnen und Regierung liegt. Wenn von Kronenzeitung bis FPÖ gegen „die Griechen“ gehetzt wird, ist das nicht nur widerlich und rassistisch, sondern geht auch an der Realität vorbei.

Die griechische ArbeiterInnenklasse und Jugend war schon vor der Krise mit einer unerträglichen sozialen Situation konfrontiert. Der Durchschnittslohn liegt bei 800 Euro/Monat. Die Mindestpension bei 280 Euro. Gleichzeitig sind die Preise (mit Ausnahme von den Wohnkosten) in den meisten Fällen sogar höher als in Österreich. Ein Liter Milch kostet etwa 1,20 Euro.

Die Arbeitslosigkeit ist in heute schon mit ca. 20% extrem hoch. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 40%. Deutlich ist: der Kapitalismus bietet den Menschen und vor allem der Jugend keinerlei Perspektiven auf ein anständiges Leben.

Sämtliche europäische Regierungen machen klar, wer ihrer Meinung nach für die Krise zahlen soll: die ArbeiterInnenklasse und Jugend. Das österreichische Finanzrahmengesetz für 2011 sieht Kürzungen von 1,474 Mrd. Euro bei den Pensionen vor. 1,686 Mrd. sollen bei den Krankenkassen gestrichen werden, 1,532 Mrd. bei den Familien. Angedacht ist die Streichung der 13. Familienbeihilfe. Der rigide Sparkurs bei den Universitäten kostet etwa die Uni Salzburg bis 2014 bis zu 20% ihres Budgets.

Es regt sich Widerstand

Die Schuldenkrise in Griechenland hat eine neue Periode der Weltwirtschaftskrise wie auch des Widerstandes dagegen eingeläutet. Gab es nach der ersten Krisenwelle noch Spielräume, so gibt es heute nur mehr Schulden. Daher wälzen die Regierungen die Zeche für die großzügigen Rettungspakete nun auf die ArbeiterInnenklasse ab.

Die griechische ArbeiterInnenklasse und Ju-

gend hat den Angriffen der Regierung den Kampf angesagt (siehe Interview). Der Generalstreik am 5. Mai war der größte seit dem Ende der Militärdiktatur. Alleine in Athen gingen eine Viertelmillion Menschen auf die Straßen. Auch in Spanien und Portugal zeigt sich eine neue Welle von Kämpfen gegen die Angriffe der Regierung. Diese Welle der Proteste wird auch in jene Teile Europas überschwappen, die noch (!) nicht mit derartig brutalen Angriffen konfrontiert sind. Jedoch stellt sich in Griechenland, Spanien und Portugal ebenso wie im Rest Europas die Frage, wie solche Kämpfe gewonnen werden können. Bisher hat die Gewerkschaftsbürokratie überwiegend die Rolle des Vermittlers zwischen Regierung und UnternehmerInnen und der ArbeiterInnenklasse und Jugend gespielt. Anstatt Arbeitsplätze zu verteidigen, wurden Kurzarbeit und Aussetzungsverträge zugelassen. In Anbetracht der drohenden Kürzungs- und Belastungswelle ist eine echte Strategie zur Verteidigung sozialer Rechte dringend notwendig. Selbst GPA-djp Vorsitzender Katzian sieht ein, dass „Nur die Kraft der Argumente und Vernunft“ nicht ausreichen werden und wir uns „auf heftige Auseinandersetzungen einstellen“ (Interview Kompetenz 3/2010). Bisher hat sich die Gewerkschaftsführung allerdings nobel zurück gehalten. Die Initiative für eine europaweite Aktionswoche gegen das Abladen der Krise auf die Rücken von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen bietet die Möglichkeit, international aktiv den Kampf gegen die Angriffe auf unseren Lebensstandard aufzunehmen.

Widerstand, Solidarität, Sozialismus!

Millionen Arbeitslose, verarmte PensionistInnen, Jugendliche ohne Chancen auf eine Zukunft. Das ist die Fratze, die der Kapitalismus in der aktuellen Krise europa- und weltweit zeigt. Vielen Menschen ist klar: So kann es nicht mehr weiter gehen. Die Regierungen, Banken und Konzerne haben den Menschen keinerlei Perspektiven anzubieten. Der Kampf gegen die brutalen Attacken der Herrschenden hat in Griechenland begonnen. Unzählige Menschen in Europa schauen heute auf Griechenland als ein Beispiel für entschlossenen Widerstand gegen die Angriffe der Herrschenden. Das Kapital ist international organisiert – wir müssen es auch sein. ÖGB ersucht die griechische Regierung um „soziale Ausgewogenheit“ der Sparpläne – die SLP und ihre Schwesterorganisationen in Griechenland, Portugal, Spanien und zahlreichen anderen Ländern kämpfen gegen jegliche Verschlechterungen. Nötig sind nicht fromme Bitten und Solidaritätsbekundungen, sondern gemeinsamer Kampf aller von der Krise betroffenen ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Jugendlichen gegen das Europa den Banken und Konzerne. Das bedeutet aber nicht, ein Zurück zu kleinen kapitalistischen Nationalstaaten, wie das von primitiven Nationalisten à la Strache propagiert wird. Unsere Antwort heißt: internationaler, gemeinsamer Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.



Griechisches Transparent: "Zahlt die Schulden nicht – Verstaatlicht die Banken!"

Wir schlagen eine "Woche des Protests und der Solidarität" vom 21. bis zum 26. Juni 2010 vor

Aufruf von EU-Parlamentsabgeordneten der Fraktion Europäische Vereinigte Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) (gekürzte Version)

Liebe Freundinnen und Freunde,

... Es steht fest, dass das umfassende "Rettungspaket" nur weitere Angriffe auf arbeitende Menschen, Jugendliche und PensionistInnen bringen wird, die in ganz Europa bereits begonnen haben.

Zum jetzigen Zeitpunkt stehen v.a. die ArbeiterInnen in Griechenland in der Schusslinie dieser Angriffe. ... Aber auch ArbeiterInnen in Portugal, Spanien, Irland und Italien waren und sind weiter konfrontiert mit schwerwiegenden Angriffen auf ihre Lebensstandards. Klar ist auch, dass diese Angriffe sich nicht auf die ArbeiterInnen in den sogenannten peripheren europäischen Volkswirtschaften beschränken werden - ArbeiterInnen in allen Ländern Europas erleben, wie ihre Pensionsansprüche weiter aufgelöst werden, wie der Druck auf die Löhne zunimmt, Kürzungen bei sozialer Fürsorge und Wohlfahrt ebenso stattfinden sowie eine Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau festgeschrieben wird.

Diese Angriffe stehen in einer Linie mit der breit angelegten Strategie des europäischen Establishments, wie es im Strategiepapier "EU 2020" niedergeschrieben ist. Darin wird auf die Notwendigkeit zur Heraufsetzung des Pensionsantrittsalters ebenso Bezug genommen wie auf die Wochenarbeitszeit vieler ArbeiterInnen in Europa und der strikten Rückkehr zum Pakt über "Wachstum und Stabilität", der für viele Länder die Senkung öffentlicher Ausgaben verlangt.

Außerdem finden diese Angriffe zusammen mit dem giftigen Versuch statt, die ArbeiterInnen entlang nationaler Linien zu spalten... Lügen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in Griechenland werden verbreitet, um den Eindruck zu vermitteln, dass einfache GriechInnen für die Krise in ihrem Land selbst verantwortlich sind und den Preis dafür zahlen müssen... Die ArbeiterInnen in Griechenland haben in den vergangenen Wochen einen heldenhaften Kampfeswillen gegen diese Angriffe bewiesen. ArbeiterInnen in Portugal und Spanien haben bereits erkennen lassen, dass auch sie kampfbereit sind.

Von europäischen Gewerkschaftsstrukturen und linken Organisationen wurden bereits wichtige kritische Beiträge in Opposition zu den Angriffen auf die Beschäftigten gemacht. Wir sind nun der Meinung, dass eine aktive und gemeinsame Antwort nötig ist, die überall in Europa gegeben werden muss - um die Versuche zu durchkreuzen, die ArbeiterInnen zu spalten und um den Menschen Zuversicht für den Widerstand zu geben. Wir schlagen daher eine "Woche des Protests und der Solidarität" vom 21. bis zum 26. Juni 2010 vor. Wir fassen ins Auge, dass politische Parteien, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und AktivistInnen zusammen kommen und darüber diskutieren, in besagter Woche Großkundgebungen und Proteste in ihren jeweiligen Ländern abzuhalten.

Ziel ist es zu verkünden, dass Linke und sozia-

le Organisationen die Politik ablehnen, nach der die Beschäftigten für die Krise zahlen sollen. Ziel ist es, ein Ende der Diktatur des Marktes zu fordern; zu fordern, dass die Finanzinstitutionen in öffentliches Eigentum überführt werden müssen und zu erklären, dass die ArbeiterInnen in Europa in Solidarität zusammen stehen.

Wir möchten euch bitten, in euren Organisationen die Möglichkeit der Unterstützung für diesen Aufruf zu diskutieren und in besagter Woche bedeutsame europaweite Proteste durchzuführen. Für uns ist der Dreh- und Angelpunkt ganz klar die Solidarität mit den ArbeiterInnen in Griechenland, aber auch die Thematisierung der Angriffe, die in den verschiedenen Ländern stattfinden, in denen es zu Demonstrationen kommen wird.

Wir verstehen natürlich, dass die Details und konkrete Parolen noch ausgearbeitet werden müssen, damit der politischen Situation im jeweiligen Land Rechnung getragen werden kann. Dennoch schlagen wir folgende Grundsatzforderungen als Diskussionsgrundlage in ganz Europa vor:

- ▶ ArbeiterInnen dürfen nicht für die Krise zahlen - die Superreichen und Bankiers sollen dafür aufkommen
- ▶ Solidarität mit den ArbeiterInnen in Griechenland und für die Einheit der Beschäftigten in ganz Europa
- ▶ Nein zu Kürzungen, Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit und der Anhebung des Pensionsantrittsalters
- ▶ Nein zur Privatisierung im öffentlichen Dienst
- ▶ Für ein Ende der Diktatur der Finanzmärkte, der Ratingagenturen und des IWF
- ▶ Keine weiteren "Banken-Rettungspakete" - vergesellschaftet die Banken und die Finanzinstitutionen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung

Wir meinen, dass erfolgreich koordinierte Proteste in der Woche vom 21. zum 26. Juni einen großen Einfluss haben können und ein deutliches Zeichen in Richtung des europäischen Establishments senden würden. Das würde die Kämpfe der ArbeiterInnen in den verschiedenen europäischen Ländern unterstützen

und wäre ein sichtbarer Schritt zum Aufbau europaweiten Widerstands gegen die fortgesetzte neoliberale Agenda.

Die Zeit rennt offenkundig davon. Wir wollen ein breites europaweites Bündnis aufbauen, um für diese Proteste zu mobilisieren, und dabei auch breite Bündnisse einbeziehen, die in den einzelnen Ländern bereits bestehen. ... Bei den unten aufgeführten Personen handelt es sich um die ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs.

Mit solidarischen Grüßen,

Joe Higgins MdEP (Socialist Party - Irland), Nikolaos Chountis (Syriza - Griechenland), Søren Bo Søndergaard (Folkebevægelsen mod EU - Dänemark), Eva-Britt Svensson (Linke Partei - Schweden), Kyriakos Triantaphyllides (AKEL - Zypern), Marisa Matias (Bloco de Esquerda - Portugal), Miguel Portas (Bloco de Esquerda - Portugal), Rui Tavares (Bloco de Esquerda - Portugal), Jean-Luc Mélenchon (Député Front de Gauche), Sabine Wils (DIE LINKE - Deutschland)

"Elemente einer vorrevolutionären Situation"

Interview mit Nikos Anastasiadis von Xekinima (CWI Griechenland).

Wie sind die Pläne der griechischen Regierung?

Der Plan ist alle drei Monate ein großes Kürzungspaket durchzusetzen. Sie wollen nicht alle Kürzungen auf einmal bekannt geben, weil sie wissen, dass das große Unruhen hervorrufen würde. Insgesamt wollen sie eine Gesellschaft wie in der Dritten Welt schaffen. Sie haben schon 30 % Lohnkürzungen und die Heraufsetzung der Kündigungsrate von 2% im Monat auf 4 % angekündigt (Zahl der Entlassungen im öffentlichen Dienst; Anm.). Sie wollen außerdem die Abfindungen kürzen und in mehrere Raten teilen. Sie heben die Mehrwertsteuer an und wollen die Pensionen senken.

Das große Thema jetzt ist auch die Pensionsreform, wo die Regierung versucht, über verschiedene Wege das Pensionsantrittsalter auf 65 bis 67 oder sogar 70 Jahre hochzusetzen und gleichzeitig die Höhe der Pensionen zu senken. Heute liegt das durchschnittliche Pensionsantrittsalter bereits bei 61,4 Jahren (das ist höher als in Österreich; Anm.)

Wie ist der Zustand der Bewegung?

Wir können sagen, dass Griechenland in eine Phase getreten ist, die Elemente einer vorrevolutionären Situation hat. Die Wut ist wirklich groß innerhalb der arbeitenden Bevölkerung und Jugend. Wir sehen soziale Explosionen - in der Bildungsbewegung vor ein paar Jahren oder in den Dezembertagen 2008 und wir sehen sie jetzt. Der Generalstreik am 5. Mai war nur der

Anfang einer ganzen Periode von Kämpfen der ArbeiterInnenklasse gegen die Kürzungspakete. Die ArbeiterInnenbewegung sollte sich bewusst werden, dass dieser Streik der Anfang einer ganzen Periode des Widerstands werden sollte. Das sollte regelmäßige Generalstreiks beinhalten, die mit Streiks in verschiedenen Betrieben kombiniert werden, aber auch mit Besetzungen, wo das möglich ist. Das sollte auch verbunden werden mit Schul- und Unibesetzungen sowie Straßenblockaden durch Bäuerinnen und Bauern.

Es gab Berichte über die Gewalt in Athen und die drei toten Bankangestellten. Wie siehst Du dieses Ereignis?

Der Tod der drei Bankangestellten hat eine Diskussion in der griechischen Gesellschaft eröffnet. Wir würden zuerst sagen, dass alle Gruppen, die diese Form von blinder Gewalt verwenden und Gebäude anzünden, eine Verantwortung für diesen Vorfall tragen. Es sind anarchistische Gruppen, die diese Methoden anwenden oder auch Provokateure, die vom griechischen Staat angeheuert werden. Man wird es wohl nie wissen, wer es war, aber es macht auch keinen Unterschied. Diese Methoden nehmen Todesopfer unter ArbeiterInnen in Kauf und sind kontraproduktiv für den Aufbau unserer Widerstandsbewegung.

Aber es gibt auch Verantwortung bei der Regierung und der Geschäftsleitung der Bank. Wenn die Regierung mit ihren Angriffen fortfährt, wird es zwangsläufig weitere Zwischenfälle von sozialen Explosionen und auch von blinder Gewalt geben. Eine direkte Verantwortung trägt der Boss der Bank. Er zwang die Angestellten dazu, an dem Streiktag zu arbeiten. Ihnen wur-

de gedroht, dass sie am nächsten Tag entlassen werden, wenn sie nicht erscheinen. Außerdem waren die Türen verschlossen und es gab keine vernünftigen Notausgänge. Und das obwohl bekannt war, dass Demonstrationen an der Bank vorbei ziehen würden und die Wahrscheinlichkeit von Angriffen auf das Bankgebäude hoch war.

Die Schlussfolgerungen, die die Bewegung jetzt daraus ziehen sollte, ist dass sie konkrete Schritte unternehmen muss, die Provokateure und solche Anarchisten zu isolieren, die für Gewalt sind. Wir müssen die Demonstrationen gegen Provokationen und gegen Polizeigewalt schützen und es wird ab jetzt einen OrdnerInnendienst geben.

Wie soll es weiter gehen? Wer soll für die Krise bezahlen?

Nötig ist ein Forderungskatalog, angefangen bei der Forderung, die Schuldzahlung zu stoppen bis zur Verstaatlichung des Bankensystems und der Verstaatlichung der größeren privatisierten Unternehmen ohne Entschädigung der großen Aktiener. Das soll mit einem Plan von massiven Investitionen im öffentlichen Sektor, Bildung und Gesundheit sowie einem Produktionsplan verbunden sein, um die Wirtschaft wieder zu beleben und Wachstum nach den Bedürfnissen der Beschäftigten zu schaffen. Das ist eine wirkliche Alternative zur Krise. Wenn wir den Vorschlägen der Regierung folgen, haben wir hier ein Dritte Welt Situation und trotzdem ist dann nicht sicher, ob man die Zahlungen an den IWF in drei Jahren begleichen kann und Griechenland würde dann pleite gehen, so wie es auch in Argentinien passiert ist.



Interview mit Holger Burner

Organisieren ist unverzichtbar!

Sebastian Kugler führte ein Interview mit Holger Burner, deutscher Hip Hop-Künstler und Mitglied der SAV (deutschen Sektion des CWI).

Du bringst dieser Tage ein neues Album raus. Welche Themen sprichst du darin an?

Ich würde sagen, ein paar rote Fäden sind die Perspektivlosigkeit durch die Krise des Kapitalismus (Stichwort Generation Krise). Es finden sich ein paar Tracks darüber, wie Bewegung und Gegenwehr entstehen kann und ein paar Lieder, die uns das Gefühl geben sollen, dass wir etwas können, auch wenn uns der Kapitalismus täglich das Gefühl geben will, das wir nichts wert sind. Die Polizei kommt auch an ein oder zwei Stellen vor.

Ist es überhaupt möglich, in Songs politische Botschaften unverkürzt wiederzugeben?

Das ist eigentlich in keinem Medium möglich. Nicht mal im „Kapital“ von Marx steht alles, was mensch als politische/r AktivistIn wissen muss (zum Beispiel wie Kämpfe funktionieren oder wie Bewusstsein entsteht). Meistens kommt diese Kritik gegenüber Tracks (oder Flugblättern) auch eher von Leuten, die gar keine konkreten oder verständlichen Vorschläge für den Widerstand machen wollen.

Meistens wird in den Medien ein Bild von Hip-Hop gezeichnet, das aus fetten Autos und nackten Frauen besteht. Entspricht das der Wahrheit? Wie politisch ist Hip Hop heutzutage noch?

Das entspricht einem Teil der Wahrheit: Hip Hop ist eine Subkultur die, wie viele andere, von der offiziellen Kulturindustrie aufgenommen wurde. Seitdem bestimmt das die Außenwahrnehmung von Hip Hop, weil wir keine Fernsehsender oder Massenzeitungen haben. Aber auch in der Szene gibt es

selbstverständlich (wie überall in der Gesellschaft) Sexismus oder Homophobie. Da gilt es, halt entgegen zu halten. Verlogen ist nur, wenn bürgerliche PolitikerInnen im Fernsehen über die Jugendgefährdung durch Hip Hop reden – unterbrochen von Werbung mit magersüchtigen Models und kurz, bevor sie ihre nächste Unterschrift unter ein Bildungskürzungspaket setzen. Und danach läuft vielleicht das Wort zum Sonntag (kirchliche Sendereihe im deutschen Fernsehen, Anm.) und niemand redet über die Jugendgefährdung durch die Kirche.

Musik steht heutzutage ja im Spannungsfeld zwischen übermächtigen Majorlabels und illegalen Downloadportalen. Wie stehst du dazu?

„Illegal“ ist ja vieles, was gegen die herrschenden Besitzverhältnisse läuft – das Internet nimmt jedenfalls den Majorlabels einen Teil ihrer Kontrollmöglichkeiten und macht es für Menschen ohne viel Geld möglich, trotzdem Musik zu hören. Das ist super! Als Strategie gegen eine kapitalistische Musikindustrie reicht das allein natürlich nicht, da müssen wir auch eigene Strukturen in der echten Welt aufbauen.

In deinen Songs rufst du oft dazu auf, sich nicht nur zu ärgern, sondern selber aktiv zu werden. Du selbst bist Aktivist in der SAV. Für wie wichtig hältst du es, sich zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen?

Unverzichtbar! Ohne gemeinsamen Kampf werden wir den Kapitalismus nicht überwinden und ohne Organisation sind in der Geschichte selbst die stärksten und entschlossensten Massenbewegungen niedergeschlagen worden. Der Investmentbanker Warren Buffet sagt ja öfter: „Es herrscht Klassenkampf und meine Klasse gewinnt.“ – sie ist hervorragend organisiert, das müssen wir auch sein, um eine Chance zu haben, das zu ändern!



Bild: Yanna Ndiaye

Was bringt mir ein Trotzki, der seit 70 Jahren tot ist?

von Sedef Yavuz, SLP-Wien

Mit Einheitsfront gegen Rechts

Am 14. Mai ist der Film „The Trotsky“ erschienen. Er wird wohl für viele ein Thema sein, Trotzki in Erinnerung rufen bzw. die Frage stellen „Wer war der Mann eigentlich?“. Nein, der Mann von „Kentucky Fried Chicken“ ist nicht Trotzki, er gleicht ihm nur. Leo Trotzki war ein Revolutionär und stand gemeinsam mit Lenin an der Spitze der Oktoberrevolution 1917. Er war Gründer der Roten Armee – wobei das noch längst nicht alles war. Aber warum sollte ich mich für einen Mann interessieren, der vor 70 Jahren ermordet worden ist? Welche Relevanz hat er für mich?

Permanente Revolution statt Entwicklungshilfe

Mensch glaubt es nicht, aber die „Theorie der Permanenten Revolution“ hat zur Frage von Hunger und Krieg in Entwicklungsländern mehr Sinnvolles parat, als UNO und div. Entwicklungshilfeorganisationen. Trotzki hat dabei gezeigt, warum ein funktionierender Kapitalismus in diesen Ländern nicht möglich ist. Und, dass, um dort das Leben der Menschen zu verbessern, eine sozialistische Revolution nötig ist.

taktkundgebung ausverkauft war. Bei einer ähnlichen Demonstration in Wien war der SLP-Block mit dem Transparent „Kampf gegen Rassismus bedeutet Kampf gegen Kapitalismus“ der mit Abstand lebendigste und v.a. politischste Block.

Wegen Repression in Kasachstan: Protest vor Botschaft und OSZE

Gerade weil internationale Solidarität für uns keine Phrase ist, haben wir im Mai Solidaritätsaktionen für Iounur Kurmanov durchgeführt. Die verschiedenen Parlamentsparteien pflegen gute Kontakte zu verschiedenen Teilen der gleichermaßen korrupten kasachischen Elite. Und die österreichische Regierung hat sich dafür stark gemacht, dass die quasi-Diktatur Kasachstan den Vorsitz der OSZE erhält. Die SLP hingegen hat die Unterstützung von Ge-

Die Wien-Wahl steht vor der Tür. Kann der Aufstieg der FPÖ verhindert werden, indem mensch die SPÖ wählt und über ihre Fehler schweigt? Ganz nach Trotzki's „Einheitsfronttheorie“ wäre eine gemeinsame Aktion von SLP und Sozialistischer Jugend (SPÖ-Jugend) gegen Strache eine gute Sache. Doch weil die SPÖ mit ihrem Sozialabbau und Staatsrassismus Mitschuld am Aufstieg der FPÖ hat, wird die SLP bei einer solchen Aktion nicht so tun, als ob Häupl „eh super“ ist.

International is muss

„The Trotsky“ spielt ja in Kanada. Das passt gut zu Trotzki's Internationalismus. Ihm war klar, dass „Sozialismus in einem Land“ (Stalin) nicht funktioniert. Oder, dass griechische SchülerInnen und ArbeiterInnen nicht schuld an der Krise sind – sondern Banken und Konzerne. Und dass genau die nur international bekämpft werden können. Deswegen hat er immer gesagt, wie wichtig es ist, sich international zu organisieren. Wie auch das CWI heute. Für mehr ist jetzt nicht Platz – aber hochaktuell, der Spitzbartträger!

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen
Jeden Montag um 18.00
„Amerlinghaus“-Raum 3
7.; Stiftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 18.30

„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

„Zypresse“
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe „Das Schwarze Schaf“
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

**ALLES
INKLUSIVE**

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

„Hoch die internationale Solidarität!“

...ist einer der bekanntesten Demosprüche. Und bleibt doch manchmal nur Phrase. Eine Gewerkschaft, die sich zwar für verfolgte GewerkschafterInnen in anderen Ländern einsetzt, aber gegen die Abschiebung von KollegInnen keinen Finger rührt. Eine SPÖ, die am 1. Mai MigrantInnen-Gruppen im SPÖ-Aufmarsch mitmarschieren lässt, gleichzeitig aber ein rassistisches Gesetz nach dem anderen beschließt. Die Liste der Scheinheiligkeiten ist fortsetzbar...

Kampf gegen Rassismus bedeutet Kampf gegen Kapitalismus

Der 1. Mai ist der wichtigste Feiertag der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Die SLP war in fünf Städten unterwegs und verkaufte 500 Zeitungen. Aber weil internationale Solidarität eben nicht nur ein Spruch ist, beteiligten sich SLP-Mitglieder in Wien

auch an den seit Ende April andauernden Protesten gegen die Abschiebung der Fußballspieler des FC Sans Papier. Es gab mehrere Versuche, die Abschiebung zu blockieren, sowohl die Autos und als auch auf dem Flughafen. Es gab mehrere Protestaktionen – Demonstrationen und Solidarität bei einem Spiel der Mannschaft.

Am 8. Mai nahmen SLPlernerInnen in Klagenfurt, Linz und Salzburg an antifaschistischen Aktionen teil. Der von der NVP geplante „Trauermasch“ in Linz war zwar – nicht zuletzt aufgrund des Drucks, den unsere Kampagne erzeugt hatte – abgesagt worden. Trotzdem fand eine lebendige antifaschistische Kundgebung statt, bei der auch die aktuelle rassistische Politik der Regierung Thema war. In Klagenfurt gab es eine starke Gegendemonstration anlässlich des Endes des 2. Weltkrieges bei dem unsere Zeitung schon bei der Auf-

werkschafterInnen und linken Organisationen organisiert, die gegen das undemokratische Vorgehen des kasachischen Staates protestieren. Iounur Kurmanov, Gewerkschafter, Journalist und Sozialist wurde – wieder einmal – ins Gefängnis geworfen, weil er dem Regime und seinen Machenschaften kritisch gegenübersteht. Diesmal erhielt er zwei Wochen Gefängnis, weil er über die Proteste von Menschen berichten wollte, die sich gegen die Zwangsäumung ihrer Häuser wehren. Die OSZE war sichtlich irritiert über unsere Protestaktion mitten in der noblen Wiener Innenstadt. Der Vertreter der kasachischen Botschaft sichtlich wütend darüber, dass die Machenschaften seiner Regierung hier nicht einfach toleriert werden. So sieht praktische internationale Solidarität aus. Denn die SLP ist sozialistisch, antifaschistisch und international!



Neues aus dem CWI

Nordirischer Sozialist Peter Hadden ist tot

Über 40 Jahre stritt und kämpfte Peter Hadden für eine bessere, gerechtere und vor allem eine friedlichere, sozialistische Welt. Und das für die überwiegende Zeit in Belfast, Nordirland. Eine Stadt und Region, die wie nur wenige andere in den letzten 40 Jahren das Versagen bürgerlicher Politik und diverser Chauvinismen und Sektierertum offenlegte. Es ist das politische Lebenswerk Peter Haddens, einen sozialistischen Ausweg aus dem Labyrinth der nationalen Frage, in dem sich viele Linke in den letzten Jahrzehnten verlaufen hatten, aufzuzeigen. Seinen eigenen drei Jahren langen Kampf gegen den Krebs hat er leider verloren. Peter starb am 5. Mai im Kreis seiner Familie in Belfast. Für alle, die ihn persönlich kannten, auch ein großer persönlicher Verlust!

1968 war weltweit ein bedeutender Einschnitt. In den Städten und Universitäten Europas protestierten die Studierenden gegen den Vietnamkrieg und den Mief der Nachkriegsordnung. In Nordirland, Peters Heimat, zeigten die Zeichen auf die bevorstehenden „Troubles“ bzw. Sturmgefahr. Peter selbst war 1968 zum Studieren an die Sussex University (England, nahe Brighton) gegangen. Im Sog der weltweiten sozialen und politischen Auseinandersetzungen schloss er sich der Militant Bewegung an und war 1974 ein Mitbegründer des CWI – „Komitee für eine ArbeiterInneninternationale“.

Während des Bürgerkriegs in Nordirland ging Peter Anfang der 70er Jahre wieder zurück und lebte fortan in Belfast. In Mitten der Auseinandersetzungen begann er mit dem Aufbau einer sozialistischen Kraft, welche die nationalen Spannungen überwinden sollte. Peter Taaffe (Generalsekretär der Socialist Party) verglich diese Aufbauarbeit Peter Haddens bei seiner Beerdigung mit: „Es war wie der Versuch, die Eiger-Nordwand ohne Eispickel zu besteigen!“ Neben vielen anderen wichtigen Beiträgen sind es seine Analysen zur Situation in Nordirland und die Verknüpfung der nationalen Frage mit einer konkreten marxistischen Perspektive, die ihn unvergessen machen. Peters Tod hinterlässt nicht nur eine große menschliche Lücke, sondern auch eine für die gesamte sozialistische ArbeiterInnenbewegung weltweit. Peter, wir werden dich nie vergessen!

von Albert Kropp, SLP-Wien

www.socialistworld.net

von Jonas Honauer SLP-Linz und John Evers, SLP-Wien

Nachbar in Not: Kein anderes Land in Zentraleuropa wurde mehr von der Krise gebeutelt als Ungarn. Geschickt gelang es den Rechtsparteien FIDESZ und JOBBIK schon länger die Proteststimmung rechts zu besetzen und nun die Wahlen fulminant zu gewinnen. Beide setzen auf Ähnliches: Man repräsentiere die „echten“ UngarInnen, die „Anderen“ stehen für die inneren „Fremdkörper“ und äußeren Feinde des Landes. Gemeint sind damit - v.a. vermeintliche - KommunistInnen (besonders die bisher regierende und kolonialisierte Sozialdemokratie), urbane Liberale (eine eher kleine Gruppe), Roma und Sinti (die von Armut und Arbeitslosigkeit extrem betroffen sind), sowie JüdInnen (also Nachkommen von Überlebenden des Holocaust in Ungarn), welche nun angeblich für den Ausverkauf des Landes verantwortlich seien.

Vor allem die mehr (JOBBIK) oder weniger (FIDESZ) offene Hetze gegen die letzten beiden Gruppen ist beklemmend. Hier wird an die Hetze angeknüpft, die Ungarn in der Zwischenkriegszeit prägte. Nicht zu Unrecht vergleichen KommentatorInnen Orban mit Berlusconi UND dem Diktator Miklas Horthy (1920-1944), der eng mit dem NS-Regime kooperierte, sowie JOBBIK und die schwarzen Uniformen ihrer „Ungarischen Garde“ mit den faschistischen Pfeilkreuzlern, die in den letzten Kriegsmonaten tausende JüdInnen brutal ermordeten. Warum konnten diese Parteien siegen und welche Perspektiven gibt es?

Lebt man mit 450 Euro im Monat „über seine Verhältnisse“?

Ende der 1980er-Jahre wurde Ungarn zum ersten „Reformstaat“. Rekorde bei den ausländischen Investitionen (aber in Folge auch Abflüssen/Gewinnen)



ließen den Übergang zum Kapitalismus im hellen Licht voller Schaufenster erscheinen. Privater Konsum wurde mit Fremdwährungskrediten von (u.a. österreichischen) Banken finanziert – lange Zeit ein gutes Geschäft. Das staatliche Pensionssystem und der öffentliche Dienst federten die durch die Privatisierung sinkende Beschäftigung zunächst ab. In anderen Bereichen wurde der Sozialstaat in den letzten 20 Jahren so gut wie abgeschafft. Doch die „verlängerte Werkbank“ des Westens bekam immer mehr Konkurrenz durch die noch billigeren Arbeitskräfte in anderen Staaten. Das System geriet aus den Fugen. Westliche JournalistInnen wurden nicht müde, die ab diesem Zeitpunkt verabsäumten „Reformen“ und damit auf über 80% steigenden Staatsschulden zu beklagen. In dieser fragilen Situation schlug die Wirtschaftskrise wie eine Bombe ein: Bereits 2008 bekam Ungarn von EU

und Weltbank eine Finanzspritze von 20 Mrd. Euro, um den Staatsbankrott abzuwenden. Plus dem Auftrag an die sozialdemokratisch geführte Regierung, bei den Ausgaben drastisch zu kürzen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 7,5 % vor der Krise auf aktuell 11,4 % (Höchststand seit 16 Jahren). In Folge der Krise wurden die Löhne im öffentlichen Dienst stark gekürzt, der Reallohn sank im Vergleich zu 2008 um 8,3 %, auf einen Durchschnitt von knapp 450 Euro. Durch Inflation und Sinken des Bruttoinlandsprodukts verlor der Forint an Wert und die Zinsen stiegen extrem, oft über 20%. Viele können sich die Zinsen nicht mehr leisten, auch die Lebenshaltungskosten sind in den letzten drei Jahren gestiegen. Die Menschen verlieren ihre Häuser und Wohnungen an die Banken. Doch noch immer lautet die Botschaft der internationalen und europäischen Institutionen, aber auch die der Regie-

rungen: „Ihr lebt auch mit durchschnittlich 450 Euro im Monat über eure Verhältnisse.“

Ungarn heute: Gefahren und Chancen

Das Worst-Case-Szenario: Anfang 2010 gab es 25% mehr Arbeitslose und 30% mehr Firmenpleiten in Ungarn als vor einem Jahr. Die ökonomische und soziale Krise verschärft sich. Die FIDESZ-Regierung setzt im Kern die neoliberale Politik der abgetretenen Regierung fort und zieht Ungarn weiter in den alten Korruptionssumpf. Exakt das war Orbans Politik, als er 1998-2002 an der Macht war. Gleichzeitig versucht FIDESZ, Unmut durch Nationalismus und Antisemitismus zu kanalisieren. Profitieren kann davon JOBBIK, die sich als einzige Opposition präsentiert. Der wachsende Protest auf der Straße wird neuerlich rechts besetzt, diesmal allerdings ausschließlich von JOBBIK und der „Garde“, die durch Anschläge und Märsche auf Roma-Siedlungen die Stimmung anheizt.

Doch dieses Horrorszenario ist – wie schon die bisherige Entwicklung – nicht alternativlos. Der Einzug einer neuen Partei – der Grünen – ins Parlament zeigt, dass es durchaus Menschen gibt, die nicht länger zwischen neoliberaler Sozialdemokratie, FIDESZ und Faschisten wählen wollen. In den letzten Monaten kam auch es zu mehreren Streiks, aber auch zu antifaschistischen Demonstrationen. Die kommende, wahrscheinlich schnelle, „Entzauberung“ der FIDESZ bietet auch Chancen für Linke und Gewerkschaften, Profil zu zeigen und zu gewinnen. Was fehlt, ist eine Partei, die sowohl entschlossen ist, der 2.000-3.000 Personen zählenden „Garde“ entgegenzutreten, als auch eine echte Systemalternative zu jener kapitalistischen Entwicklung anzubieten, die Ungarn in die Sackgasse geführt hat.

Nigeria: Rette sich, wer kann?!

von Martin Ramberger, SLP-Wien

In Österreich leben mehr als 6.000 Menschen mit nigerianischem Pass. Wie kam es dazu? Auf dem nigerianischen Staatsgebiet leben rund 149,3 Mio. Menschen. 70% der Bevölkerung allerdings unter der Armutsgrenze. Die Gesellschaft teilt sich in Hunderte von unterschiedlichen ethnischen Gruppen mit eigener Sprache und Kultur. Soziale Konflikte sind in diesem Sinne aufgeladen: Nigeria ist ein Land, zerrüttet von ethnischen, religiösen und politischen Spannungen. Diese werden bewusst von Ölkonzernen und Regierung geschürt. Die Lage für die ArbeiterInnenklasse in Nigeria ist katastrophal. Großkonzerne bezahlen oft bewaffnete Privatsicherheitsfirmen, um die Angestellten von Streiks und Aktionen abzuhalten. GewerkschaftsaktivistInnen werden regelmäßig bedroht (auch vom nigerianischen Staat selbst). Mitglieder des Democratic Socialist Movement (DSM/Schwesterorganisation der SLP in Nigeria) wurden schon des Öfteren verhaftet. Dagga Tolar z.B. wurde im April verhaftet, weil er eine Kampagne gegen Polizeigewalt leitete. Diese Situation macht es verständlich, dass viele NigerianerInnen aus ihrer Heimat fliehen, um irgendwo anders, auch in Europa,



Nigerias brutales Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung ruft weltweit Protest hervor.

ein besseres und sichereres Leben zu finden (siehe Rückseite).

Shell's hell

Segun Sango von der DSM beschreibt die wirtschaftliche Situation in Nigeria: „Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind für ganz Afrika heuerend. [...] So erleben wir in Nigeria nicht nur eine Intensivierung des Privatisierungsprozesses, sondern auch eine immer vollständiger Kontrolle

der führenden Industriestaaten und ihrer Unternehmen über den Ölsektor des Landes.“ Nigeria ist eines der reichsten Länder der Welt (2.169 Millionen Barrel/Tag). Doch das hilft der Bevölkerung reichlich wenig, denn die Profite werden vom Staat und den Ölmultis einkassiert und die ArbeiterInnen sehen nichts davon. Sie sind sogar von steigenden Ölpreisen negativ betroffen, wenn die Preise der Verkehrsbusse wieder einmal steigen. Außerdem haben Ölkonzerne wie Shell nicht

nur Naturschönheiten wie das Niger-Delta zerstört und es nahezu unbewohnbar für die Einheimischen gemacht, sondern auch Anti-Shell-AktivistInnen von der Regierung hinrichten lassen.

Widerstand sinnlos? – Nein

Die nigerianische ArbeiterInnenklasse war in den letzten Jahren sehr aktiv und hat trotz der Repression sieben Generalstreiks und etliche Aktionen organisiert, um Verbesserung zu erkämpfen. Um sich erfolgreicher wehren zu können, braucht es in Nigeria eine neue kämpferische ArbeiterInnenpartei, die für eine demokratische, geplante, sozialistische Gesellschaft eintritt. Denn nur in einer solchen Gesellschaft sehen sich Menschen nicht mehr gezwungen, ihre Heimat verlassen. Jetzt flüchten sie Tausende von Kilometern wie Vieh zusammengepfercht auf einem Lkw durch die Wüste, auf einem überfüllten Boot in Todesgefahr, nur um vielleicht einen Job zu bekommen, der ihnen weniger als den Mindestlohn einbringt. Für ein menschenwürdiges Nigeria ist die DSM seit Jahrzehnten unter schwierigsten Bedingungen politisch aktiv. Mehr Infos unter www.slp.at oder <http://www.socialistnigeria.org/>.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 190

Juni 2010

**Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!**



Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord: Bleiberecht für alle!

von Margarita Döller,
SLP-Wien

Eine Welle der Solidarität erfasste Teile Wiens Ende April, nachdem zwei Vereinsmitglieder des FC Sans Papiers (Fußballverein von Asylwerbern) bei einem Training verhaftet und in Schubhaft genommen wurden. Spontan blockierten ca. 300 AktivistInnen ein Polizeiauto, indem ein nigerianischer Spieler auf den Weitertransport wartete. Die darauf folgenden Tage waren gekennzeichnet von Protesten gegen die bevorstehende Abschiebung von insgesamt 21 Personen. Die Demonstrationen und Kundgebungen konnten diese jedoch nicht verhindern. Wie können wir in Zukunft erfolgreicher sein?

Verschärfung der Gesetzeslage

In den letzten Jahren folgte eine Asylgesetznovelle auf die andere. Innenministerin Maria Fekter steht für einen besonders harten Kurs, der sich im Asylgesetz für 2010 widerspiegelt. AsylwerberInnen sollen in Zukunft wie StraftäterInnen behandelt werden, d.h. Schubhaft wird für viele die Regel und keine Ausnahme. Immer wieder kommt es noch dazu zu Toten in Folge der Schubhaft oder bei den Abschiebungen selbst (Markus Omofuma war nicht das einzige Opfer). Gleichzeitig werden die Grenzen dicht gemacht und AsylwerberInnen so schnell wie möglich in die „sicheren“ Drittstaaten zurückgeschickt.

Abschiebungen werden in Zukunft schneller über die Bühne gehen und mit Hilfe der Frontex (Grenzschutzorganisation der EU) abgewickelt. Rund ein Drittel der europäischen Flüge, die Abschiebeopfer transportieren, fliegen über Wien. Flugzeuge werden gechartert und eigens dafür ausgebildete Polizeibeamten eingesetzt. Die Zahl der Abschiebungen 2009 ist um 50% gegenüber dem Vorjahr gestiegen!

Wo sind SPÖ und ÖGB?

Für alle Asylgesetze der Vergangenheit ist auch die SPÖ mitverantwortlich. Faymann & Co sind Schuld, wenn AsylantInnen aus Österreich nach jahrelangem Aufenthalt in ihre „Heimat“, in vielen Fällen in den sicheren Tod, abgeschoben werden. Mit neuen Gesetzen will die Regierung Menschen „loswerden“, die sich seit Jahren oder Jahrzehnten eine Existenz in Österreich aufgebaut haben. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise versuchen die Herrschenden die österreichische Bevölkerung noch tiefer zu spalten. AsylwerberInnen werden als „DAS Problem“ für die österreichische Wirtschaft dargestellt. Die Fluchtursachen und z.T. schweren Schicksale werden dabei ignoriert und die Debatte in der Öffentlichkeit auf Zahlen reduziert. Leider ist auch der ÖGB in dieser Logik verhaftet. Bei den Aktionen gegen die Abschiebung von den Fußballspielern Ende April/ Anfang Mai beteiligten sich weder der ÖGB, noch die



Jugendorganisationen von ÖGB oder SPÖ. Das, obwohl die GPA-djp Jugend laut Beschluss fordert, „sich an Aktionen der Bleiberechtsbewegung zu beteiligen“. Durch Aktionen am Flughafen Wien von der VIDA und der GPA-djp hätte die Bewegung eine entscheidende Verstärkung bekommen. Auch gecharterte Flugzeuge können bestreikt werden, wenn die Beschäftigten am Flughafen die Abwicklung verhindern.

Solidarität mit Betroffenen

Die Kampagne rund um Arigona Zogai und kleinere Kampagnen auf Gemeindeebene, die sich mit Schicksalen von

einzelnen Familien befassen, versuchen aufzuzeigen, wie unmenschlich Abschiebungen sind. Sie reißen Familien auseinander und schicken Flüchtlinge oftmals direkt in den Tod. In Vorarlberg protestierten Mitglieder der Gemeinde Röhthis gegen die Abschiebung einer Familie mit zwei Kindern in den Kosovo. Die Familie lebt seit vier Jahren in Österreich und ist in das Leben der Gemeinde voll integriert. Dazu kommt noch, dass weder im Asylverfahren, noch im Aufenthaltsrechtsverfahren eine Entscheidung vorliegt. In Österreich sind solche Fälle längst keine Seltenheit mehr.

Die Einrichtung von Erstaufnahmезentren bzw. Flücht-

lingslagern wie in Traiskirchen liegt auch im Interesse der Regierung. So soll verhindert werden, dass sich Menschen in kleineren Gemeinden „zu gut integrieren“ und die Behörden sie, ohne viel öffentliche Empörung, abschieben können.

Wie Abschiebungen verhindern?

2006 wollte die Regierung des griechischen Teil Zyperns 100 kurdische Flüchtlinge nach Syrien abschieben. Für viele von ihnen hätte das eine sofortige Haft in Syrien bedeutet, weil sie für die Rechte der kurdischen Bevölkerung gekämpft haben. Unsere Internationale Organisation (CWI) in Zypern initiierte ein Bündnis von über

100 Organisationen (Gewerkschaften, soziale und politische Organisationen) und hundert Einzelpersonen, die gegen die Abschiebungen protestierten. Am 10. November organisierten wir einen Aktionstag, an dem vor zyprischen Botschaften in den wichtigsten europäischen Städten protestiert wurde. Nach monatelangen Protesten und Verhandlungen, konnten die Abschiebungen schlussendlich verhindert werden. Dieser Kampf zeigt, dass die Einbeziehung der Gewerkschaften und der Bevölkerung im Kampf für das Bleiberecht entscheidend sind. Auch die internationale Vernetzung spielt eine wichtige Rolle.

Um das Bleiberecht auf Dauer verteidigen zu können, brauchen wir eine neue Partei, die die Rechte von allen Menschen, die in Österreich leben und arbeiten vertritt. Gleichzeitig brauchen wir einen ÖGB, der die Bevölkerung nicht in In- und AusländerInnen spaltet, sondern für das Menschenrecht auf Asyl eintritt.

Veranstaltung

Donnerstag,
10. Juni 2010, 19 Uhr

**Asylrecht ist
Menschenrecht –
Wie der ÖGB schläft
und die SPÖ, Menschen
in den Tod schiebt.**

Pizzeria "La Piazza",
Wien 20; Gaussplatz 7
(Linie 31, Gaussplatz;
U4, Friedensbrücke)

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

sternenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungszustand und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at